

Die Verfassung.

Wochenblatt für das Volk.

Erscheint jeden Sonnabend. Preis vierteljährlich bei allen Preuss. Postanstalten 4 1/2 Sgr., bei den außerpreussischen Postanstalten 7 1/2 Sgr., in Berlin bei allen Zeitungs-Spediteuren incl. Postlohn 6 Sgr., in der Expedition, Taubenstr. 27, 4 1/2 Sgr. Inrate die Zeile 3 Sgr.

Die Handwerkerprüfungen.

Wir sprachen neulich davon, daß die von der Regierung angeordneten und geleiteten Prüfungen der Handwerker nicht bloß überflüssig seien, sondern sogar unter Umständen schädlich sein könnten. Wir erinnerten daran, daß in England und Nordamerika keine solche Staatsprüfungen stattfinden und daß in den großen Städten dieser Länder doch nicht so massenhafte Unglücksfälle vorkommen, wie wir sie unlängst in Berlin zu beklagen hatten. Wir hätten uns auf Preußen selbst berufen können. Auch in Preußen werden die Verfertiger von Maschinen und insbesondere von Dampfmaschinen von Staatswegen nicht geprüft und doch ist es noch keinem Menschen eingefallen, daß unsere Maschinenbauer ungeschickter und fahrlässiger in ihrem Gewerbe wären, als Maurer und Zimmerleute in dem übrigen. Aber immer kann die sogenannte „konservative Staatsweisheit“ sich noch darauf berufen, daß diese Prüfungen doch ein altes Herkommen sind, und daß selbst die Schöpfer der Gewerbefreiheit, die so fortschrittlich gesinnten Minister Stein und Hardenberg, sie nicht abzuschaffen gewagt haben. Freilich ist diese Verurteilung gleichgültig genug, doch vielleicht genügt sie Einem, dem der Kopf immer noch hinten hängt. Aber für die Prüfungen in etwa siebzig anderen Handwerken, wie die Verordnung vom 9. Februar 1849 sie anbefohlen hat, kann nicht einmal dieser Grund angeführt werden. Doch sehen wir uns die Sache etwas näher an.

Im Anfange dieses Jahrhunderts war unser preussischer Staat leider so schwach geworden, daß die Franzosen nur kommen durften, um ihn durch eine einzige Schlacht fast ganz über den Haufen zu werfen. Nur mit Mühe und Noth erlangte Friedrich Wilhelm III noch den Ulster Frieden vom Jahre 1807, durch den wenig über die Hälfte des bisherigen Staatsgebietes seiner Krone verblieb. Auch dieser Rest stand in Gefahr, aber kurz oder lang durch das jetzt gerade so angegriffene sogenannte „Recht der Eroberung“ in das Eigentum des Kaisers Napoleon überzugehen.

Da freilich war es hohe Zeit, mit der „konservativen Staatsweisheit“ zu brechen. Die Männer des Stillstandes und des Rückschrittes wurden aus dem Rathe der Krone entlassen, und an ihre Stelle traten die, die allein noch halten und retten konnten, nämlich die Männer der damaligen Fortschrittspartei, vor Allen der größte unter den preussischen Staatsmännern, der Reichsfreiherr von Stein. Die Rathschläge dieser Männer wurden freilich nur so lange befolgt, als die Noth dauerte. Aber, so viel in der kurzen Zeit möglich war, räumten sie doch unter demjenigen Unwesen auf, durch welches vorzugsweise der Staat so schwach geworden war. Wir wollen aber hier nicht sprechen von der Unfreiheit des Bauern und von den Vorrechten des Adels, nicht von dem traurigen Zustande des stehenden Heeres jener Zeit und nicht von der ganz verkommenen Verwaltung der städtischen Gemeinwesen. Wir werden jetzt nur von dem alten Zunftzwang und Zunftgopf reden, der, freilich in Verbindung mit sehr vielen andern Uebelständen, den größten Theil des Handwerker- und des Arbeiterstandes damals in die kümmerlichsten Verhältnisse gebracht hatte. Unsere Greise erinnern sich dessen noch, und auch wir haben nicht vergessen, was Väter und Großväter in unsern jungen Jahren uns erzählt haben.

Dieser Zunftgopf wurde nun in den leider nur allzu kurzen Jahren des Fortschritts so ziemlich von Grund aus abgehauen. Niemand hatte mehr nöthig, die althergebrachte Lehr- und Gesellenzeit mit allen ihren zunftmäßigen Placereien durchzumachen und hinterher noch seine lothbare Zeit und sein schwer erspartes Geld für ein ganz überflüssiges Meisterstück wegzugeben. Jedem war es frei gegeben, jedes Gewerbe zu betreiben durch welches er am besten sein Brod zu verdienen glaubte. Die einzige Prüfung, die vorausging, war die, welche er bei sich selbst anstellte, und die einzige, welche hinterher eintrat, war die, welche seine Kunden anstellten. Eine Ausnahme wurde nur noch bei den Gewerben gemacht, von deren ungeschicktem Betriebe man eine besondere Gefahr für das Leben und die Gesundheit Anderer befürchtete. Sonst sollte Jeder auch in gewerblichen Dingen auf seine eigenen Rüsse gestellt werden;

Jeder sollte selbst der Schied seines Schicksals sein, ihm zum Heile, wenn er ein fleißiger, ehrlicher, geschickter und verständiger Mann war, aber zum wohlverdienten Schaben für alle Dummen, Ungehobenen und Faulen. Solche Leute sollten nicht mehr auf dem Lotterbette jünstiger Vorrechte ihre Glieder austrecken können.

Das war eine natur- und vernunftgemäße Freiheit. In dieser Freiheit sind unsere Gewerbe emporgeblüht, und unser Handwerkerstand und unser Arbeiterstand sind an Geschicklichkeit, Bildung und Wohlstand ganz andere geworden, als sie es noch vor fünfzig und sechzig Jahren waren. Freilich im Paradiese leben sie auch heute noch nicht. Auch heute zieht es neben vielem verschuldeten noch gar mancherlei unverschuldetes Mißgeschick. Aber nur die Ketzlichtigen sind es, die von der Gegenwart nichts als die Schatten, von der Vergangenheit nichts als die lichten Stellen sehen. Natürlich wird es immer Leute geben, die nicht daran denken, daß nur ihr eigener Magen und ihr Appetit alt und schwach geworden ist, und die darum behaupten, daß in ihrer Jugend die Bäume schönere Äpfel und Birnen getragen und die Hausfrauen die Fettlische besser gekocht hätten, als heut zu Tage. Solche Leute sind es denn auch, die bei hellem lichten Tage immerfort von der guten alten Zeit des Fünftzwanzigs träumen, wo doch manche gar ansehnliche Frau Meisterin nicht einmal (etwa außer ihrem Brautkleide) ein so gutes Kleid sich anschaffen konnte, wie heute jedes ordentliche Dienstmädchen trägt.

Solche Leute waren es denn auch, die im Jahre 1848, als neben den vernünftigsten Forderungen hie und da auch die allerunvernünftigsten laut wurden, unermüdet nach dem alten Fünftzwanzig schrien. Sie waren es, denen zu Liebe die „konservative Staatsweisheit“ jener Tage die Verordnung vom 9. Februar 1849 auswirkte. Diese Verordnung hat an 70, schreibt fiezig Handwerken, die seit vierzig Jahren von jedem Zwange vollständig frei gewesen waren, die allerschwersten Beschränkungen auferlegt. Es sind u. A. die Gewerbe der Fleischer, Müller und Bäcker, aber nicht der Brauer und Branntweinbrenner, ferner die der Gerber und aller Lederarbeiter, der Schneider und Knechtmacher, der Weber und Tuchmacher, der Horn-, Holz- und Metallarbeiter, der Lösser und Glaser, der Korbflechter, der Maler, Kächer und Seifensieder; ja sogar die Perrückenmacher sind nicht vergessen. Alle diejenigen, die eines dieser Gewerbe selbstständig betreiben wollen, müssen seit dem Jahre 1849 erst eine Meisterprüfung bestehen; und selbst zu dieser Prüfung wird nicht jeder zugelassen, der sich die nötige Kenntniß und Geschicklichkeit zuträut. Es genügt nicht, daß er dieselbe besitzt, nein er muß sie auch noch in vorgeschriebener Manier erworben haben. Selbst der geschickteste Mann wird (mit äußerst spärlichen Ausnahmen) zur Meisterprüfung nicht zugelassen, wenn er nicht zuvor drei Jahre bei einem Meister Lehrbursche gewesen, die Gesellenprüfung bestanden und dann noch drei Jahre als Geselle gearbeitet hat. Dieser Beschränkung wurden durch dieselbe Verordnung auch die Bauhandwerker unterworfen. Aber

damit ist es noch nicht genug. Ist nämlich Einer glücklich Meister geworden, dann darf er doch nur Gesellen seines eigenen Handwerkes halten. Der Kürschner darf keine Schneidergesellen, der Schlosser keine Schmiede-, der Zimmermeister keine Tischler-, der Hauszimmermeister keine Schiffszimmergesellen in Arbeit nehmen. Es kommt dabei gar nicht darauf an, daß der Meister dann unter Umständen seine Arbeit liegen lassen und der Geselle betteln gehen muß. Es kommt auch nicht darauf an, daß eine ganze Anzahl von Leuten, die dies oder jenes Handwerk ganz gut verstehen, ohne gerade in dem geeigneten Lebensalter die vorgeschriebenen Lehrjahre und Gesellenjahre überstanden zu haben, nun als bloße Kogelöhner oder gar als Bettler leben müssen. Es kommt auch nicht darauf an, daß eine Korbmacher- oder Schneider- oder Bäckers- oder Konditorswitwe der Armenkasse zur Last fällt, weil sie das Gewerbe ihres Mannes zwar fortsetzen kann, aber (ohne Beihilfe eines geprüften Meisters) nicht fortsetzen darf.

Wenigstens sollte Jedermann begreifen, daß das keine Vortheile für die geprüften Meister, sondern nur Nachtheile sind, von denen die einen den Handwerker allein, die anderen ihn wenigstens an seinem Heile mitreffen. Denn die Armut im Lande wird ja durch diese Beschränkungen nothwendig vermehrt, und je größer die Anzahl der Armen im Lande ist, um so mehr muß ja auch der Handwerker für ihre Erhaltung zur Gemeindegeld- oder Staatskasse bezahlen.

Oder haben etwa die Handwerker neben diesen Nachtheilen vielleicht um so größere Vortheile zu erwarten? Nun, der einzige Vortheil, an den man denken könnte, wäre doch nur der, daß die Zahl der Meister in jedem einzelnen Handwerk kleiner wird, und die Arbeiten desselben dann theurer bezahlt werden, als das bei voller Gewerbefreiheit der Fall sein würde. Man könnte sich das denken, sagen wir, obgleich in der Wirklichkeit die Sache ganz anders ausficht. Aber gesetzt, alle Handwerkermaaren würden wirklich, nicht etwa durch andere Ursachen, sondern gerade durch die Verordnung vom 9. Februar 1840 theurer gemacht: was würde es da z. B. dem Schuhmacher nützen, wenn er zwar seine Stiefel theurer bezahlt bekommt, dafür aber auch seinen Rock und seinen Hut, sein Brot und sein Fleisch, seinen Stuhl und seinen Tisch, ja, sein Leder und seine Ahle und seinen Wechdraht in demselben Verhältnisse theurer bezahlen muß? Ja, er würde auch noch den Schaben haben, daß die Leute, je theurer die Stiefel sind, um so länger mit gesticktem Schuhwerk, oder auch auf Pantoffeln oder gar barfuß herumlaufen, daß er also weniger verkauft, als er sonst verkaufen würde. Der Schuhmacher würde also in Wahrheit nicht reicher, sondern ärmer werden. Und ebenso würde es jedem Andern der auf so eigenthümliche Weise „geschüpft“ Handwerker ergehen.

Aber haben vielleicht die anderen Leute, die kein Handwerk betreiben, einen Vortheil von der Benachtheiligung der Handwerker? Wir wüßten wahrlich keinen anzugeben. Denn geprüfte Meister können ganz

eben so schlechte Arbeit machen, wie ungeprüfte; das ersparen wir alle Tage. Aber selbst den Fall, die „konservative Staatsweisheit“ hätte ungläublicher Weise wirklich geglaubt, daß sie durch die Verordnung die Anfertigung schlechter Arbeit verhindern könnte: nun so müssen sie doch nun endlich von ihrem Irrthum sich überzeugen haben. Freilich, wenn sie wirklich „Weisheit“ wäre, so hätte sie auch ohne diese Probe schon gewußt, daß sie es und ganz allein zu überlassen hat, ob wir uns zu enge Schuhe oder einen wackligen Stuhl oder eine suchsige Perücke kaufen wollen oder nicht. Eine Staatsangelegenheit ist das doch auf keinen Fall.

Doch über die Herren Konservativen wundern wir uns weiter nicht; denn die haben bei allen solchen Dingen noch ihre ganz besonderen Zwecke, über die wir heute nicht weiter reden wollen. Wir wundern uns nur darüber, daß es noch immer eine, wenn auch verhältnißmäßig kleine Zahl von Handwerkern giebt, die die Beschränkung der alternativen Freiheit des Menschen, ja, die wider-natürlichste Beschränkung ihrer eigenen persönlichen Freiheit sogar als einen Gewinn für sich betrachten. Denn nichts ist doch wahrlich mehr wider die Natur, als einen Menschen daran zu verhindern, daß er sein Brod durch diejenige Arbeit zu verdienen sucht, die er selbst am besten zu verstehen und mit dem größten Vortheil verrichten zu können glaubt. Aber freilich, es giebt viel wunderliche Dinge in der Welt, das wunderbarste aber ist der Mensch selbst — nämlich in gewissen Exemplaren.

Politische Wochenschau.

Preußen. Die Angelegenheit, welche durch die österreichisch-preussischen Noten an den Frankfurter Senat angeregt worden, schwebt noch immer. Der Senat in Frankfurt hat mit Entschiedenheit jeden Versuch einer Einmischung in seine Angelegenheiten zurückgewiesen, und es werden die deutschen Großmächte sich, wenn sie die Sache weiter verfolgen wollen, wohl an den Bund wenden müssen. Durch solchen Schritt erkennt Preußen von Neuem die Autorität des Bundes an, und es stimmt alldam schlecht zu einem solchen Vorgehen, wenn sie in der schleswig-holsteinischen Frage dem Bundestag nicht die Befugniß zur endgültigen Entscheidung einräumen will. Ueber diese Rückkehr in den Bundestag jubelt jetzt auch die Kreuzzeitung, welche offenbar hofft, daß dadurch endlich in ganz Deutschland wieder ihre Grundzüge zur Ausführung gelangen werden. Wir denken, sie wird sich irren, denn die Zeiten, von welchen man in der Redaktion der Kreuzzeitung träumt, sind vorbei, und selbst in Westfalen gelingt es den Junkern nicht mehr, ihre schönen Vorrechte anzuhängen, da sich die Bauern den Leibeisungen ihrer Herrn durch massenhafte Auswanderungen entziehen.

Der Graf v. Bismarck ist jetzt aus Paris zurückgekehrt, und noch weiß Niemand, welches die Resultate seines Besuchs beim Kaiser Napoleon waren. In Oesterreich scheint man auf die geschlossenen Unterhandlungen mit großer Ungeduld zu blicken, da man fürchtet, es handle sich um ein Bündniß zwischen Frankreich, Preußen und Italien, dessen Spitze natürlich gegen Oesterreich gerichtet sein würde. In wie fern diese Befürchtung gegründet ist, läßt sich schwer bestimmen, denn es ist ganz ungewiß, daß sich in den letzten Kreisen der preussischen Politik zwei Richtungen bekämpfen. Die eine, welche im eigentlichen Kreuzzeitungs-lager stark vertreten ist und auch unter den höheren, einfluß-

reichen Militärs starke Stützen findet, würde wohl geneigt sein, auf Grund einer Garantie für Venetien gegen die Erwerbung der Herzogthümer in ein enges Bündniß mit Oesterreich zu treten, welches zugleich in den großen Fragen der deutschen und europäischen Politik die Grundzüge der entscheidendsten Reaktion und Legitimität zur Geltung zu bringen als seine Aufgabe betrachten würde. Aber diese Richtung, mag sie auch noch so mächtige Befürworter haben, ist doch bis jetzt noch nicht die herrschende. Die ihr entgegenstehende, deren Träger Graf Bismarck ist, will von einer solchen Solidarität mit Oesterreich nichts wissen, sie hofft, für eine Selbstentfaltung dem wiener Kabinet die Zustimmung für den Anfall der Herzogthümer an Preußen auszurufen, und hält als letztes Mittel zur Durchsetzung ihrer Zwecke ein Bündniß mit Frankreich und Italien in Bereitschaft, das freilich bis jetzt auch nur noch ein eventuelles Projekt ist, dessen Erfüllung sich manche Zweifel und Hindernisse entgegenstellen. Wenn aber diese Partei auch der zuerst erwähnten in ihren Plänen nach Außen hin Schroff gegenüber steht, was die Politik im Innern anbelangt, da reichen sich beide freundschaftlich die Hände.

Die Militärfrage, welche wir als den Ausgangspunkt unseres Besprechungskonfliktes nie aus den Augen verlieren dürfen, beschäftigt übrigens nicht uns allein, sondern in allen Ländern, und ganz besonders in Frankreich, Italien und Oesterreich macht sich das bringende Bedürfnis einer Verminderung der Ausgaben für das Militär geltend. Allgemein sucht man das Mittel zur Verminderung dieser Last in der Verrückung der Dienstzeit. Unsere Zeit, die überhaupt binnen kürzerer Frist erhöhte Leistungen fordert, darf den gerechten Anspruch erheben, die militärische Ausbildung (nicht die „Weiß“-Anerkennung) eines Infanteristen binnen zwei Jahren zu vollenden — was den Friedensstand reduzieren würde — und bei einem großen Kriege ist die ganze Frage nach der Dauer der Dienstzeit keineswegs so bedeutend, als man glauben magt. Wenn die Armees erst Verluste erlitten, werden ihr nach dem preussischen Mobilisationsplane Rekruten von nur dreimonatlicher Dienstzeit durch die Ersatzbataillone nachgeschickt, und nicht viele Kriegsjahre dürften dahingehen, bis diese die Mehrzahl in den Reihen bilden. Der Kampf um Reduktion der Friedensarmee kann und darf deshalb nicht aufgegeben werden; er ist ein Akt echt preussischen Patriotismus und richtiger Erkenntniß der Lage unseres an außerordentlichen Hilfsmitteln gegen fast alle anderen Staaten Europas zurückstehenden engeren Vaterlandes. Dieser Kampf ist aber auch ein wesentliches Förderungsmittel für die Lösung unserer Aufgabe in Deutschland. Gegen preussisches Wezen und preussische Institutionen hat die große Masse der übrigen Deutschen eine sehr große Scheu, und wer der Sache auf den Grund geht — man frage in Dannoover in Württemberg, in Schleswig-Holstein wie in Hamburg — wird in dem übermäßigen Druck unserer Militäralte und dem durch das Ueberwiegen des Soldatenwesens unseren Verhältnissen aufgedrängten Typus die Hauptursachen erkennen. Das große Prinzip der allgemeinen Dienstpflicht steht nur gerechtfertigt da, wenn die Dienstpflicht des Einzelnen auf das Minimum bemessen ist. Erst wenn wir dies Ziel erreicht, wenn wir damit gleichzeitig unser Kriegsbudget mit den übrigen Staatseinnahmen in ein den Forderungen der Civilisation entsprechendes Verhältniß gebracht haben, dann erst haben wir ein Recht, von Deutschland zu fordern, die gleiche Bürde auf sich zu nehmen. Der Widerstand in der Militärrage hat sich in der großen Majorität der Nation fast einzig und allein auf den hier in Betracht gekommenen Punkt concentrirt. An diesem Punkt aber muß

festgehalten werden, damit Preußen den Vorprung den behalte, den es vor mehr als fünfzig Jahren gewonnen hat. Wer nicht vorwärts geht, geht zurück!

Ein Rundschreiben der Regierung zeigt, daß noch lange nicht alle bedürftigen Veteranen aus den Jahren 1813—15 einen Thaler monatlich vom Staate haben, und es ermahnt die Gemeinden aufs dringendste, die ihnen zukommende Pflicht der Armenunterstützung auch an diesen Veteranen zu erfüllen. Ja, fragt wohl mancher, warum hat denn die Regierung nicht mehr von den Rammern gefordert; bei der Geizigkeit derselben von Mehrbewilligungen für diese Zwecke und bei unsern so ausgezeichneten Finanzzuständen wäre es ja eine Kleinigkeit gewesen, die vorhandenen Bedürfnisse zu decken. Das Daus der Abgrenzen hat sogar als sich selbst die beantragte Staatspension erstößt. Und nun erfährt man, daß einzelne dieser Veteranen nach mehr denn fünfzig Friedensjahren noch nicht einmal einen Thaler monatlicher Unterstützung vom Staat erhalten. Und doch ist wohl nicht einer unter ihnen, der weniger denn hundert Jahre zählt, und die Aussicht bald keinen mehr auf dem Unterstützungsfonds zu haben, wächst mit jedem Jahre in gesteigerter Progression.

Hessen-Kassel. Die Ministerkrisis, die vor vierzehn Tagen in Kassel ausgebrochen ist, dauert immer noch fort. Im Inlande scheint es dem Kurfürsten schwer zu fallen, neue Minister zu finden. Der wiederholte Versuch, die Unterstaatssekretäre der betreffenden Ministerien zu Ministern zu machen, der im Finanzministerium bei Herrn Ledderhose gelungen war, ist im Justizministerium misslungen. Der Staatsrath Pfeiffer, Unterstaatssekretär im Justizministerium, hat lieber ganz seinen Abschied genommen, als daß er Minister geworden wäre. Man sieht, wie hart es dabei beruht. Die unangenehmen Erfahrungen aber, die Herr Ledderhose im gesellschaftlichen Verkehr nach Übernahme des Finanzministeriums gemacht haben soll, haben wohl ihr Theil zu diesem Entschlusse beigetragen.

Baden. So fest man auch auf die liberale Gesinnung des Großherzogs baut, so fängt man doch jetzt an, etwas ängstlich in die Zukunft zu blicken. Die Entlassung des Oberstaatssekretärs Kries und die Wahl seines Nachfolgers, so wie einige andere Ernennungen, welche in der letzten Zeit erfolgt sind, erwecken Befürchtungen, daß eine neue Zeit der Reaction herannahe, deren Wellen so mächtig werden möchten, daß der Großherzog ihnen nicht wohl widerstehen könnte. Vermerkt wird die Besorgnis dadurch, daß der Großherzog bedeutend erkrankt ist, und zur Herstellung seiner Gesundheit sich mehrere Monate am Genfer See aufhalten muß.

Ein Wort über Pessimismus.

Wie oft hört man von Leuten, welche sich für ganz freisinnig angeben, bei dem Bekanntwerden eines neuen Gewaltthatens der Reaction die Worte: „Das ist ganz gut, mögen sie es nur immer so fort machen! Es muss erst ganz schlecht werden, ehe das Gute sich durcharbeiten kann!“ — Eine solche, nach unserer Ansicht ganz verkehrte Weltanschauung, nennt man Pessimismus.

Wir wollen keineswegs bezweifeln, daß einzelne dieser Pessimisten es wirklich ehrlich meinen, die meisten aber finden es bequem, hinter solch einem gelehrten Klängen ein Gebirg eine Deckung für ihren Mangel an Opferwilligkeit und Interesse für das öffentliche Wohl zu suchen.

Wie überall, so bewährt sich auch im Staatsleben das

alte Wort: „Hilf die selber, so wird auch Gott die helfen!“ und so wenig im bürgerlichen Leben derjenige herauskommen kann, welcher nicht arbeitet, so wenig wird ein Volk, das sich scheut für seine Freiheit etwas zu thun, dieselbe erringen, oder auch nur seine Selbstständigkeit nach Außen hin zu behaupten vermögen.

Die übergroße Mehrzahl der Staaten unseres deutschen Vaterlandes wird seit dem dreißigjährigen Kriege durch Alleinherrscher regiert, wenn auch nicht rechtlich, so doch thatsächlich. Es bestehen überall Verfassungen, welche die Rechte der Fürsten zu Gunsten der Völker beschränken, und in manchen Staaten haben sie sogar immer bestanden; aber sie sind meistens eben nur beschriebene Blätter Papier. Es wäre sehr Unrecht, wenn man den Regierenden allein die Schuld davon anrechnen wollte. Das Streben nach Macht und besonders nach Erhaltung der übernommenen Macht, ist tief in jedem Menschenherzen begründet. Jeder hält doch seine eigenen Ansichten für die besten, denn sonst würde er sie nicht haben. Wer sich daher in einer Stellung befindet, welche es ihm ermöglicht, seine Ideen zur Geltung zu bringen, der wird sich niemals freiwillig entziehen, von dieser Stellung etwas aufzugeben. Darum das Widerstreben anderer deutscher Herrscher wider jede entscheidende Theilnahme des Volks an der Regierungsgewalt. Andererseits muß jeder, der die Geschichte kennt, zugeben, wie die Stellung unserer Fürsten so über das Leben des Volkes hinausgehoben ist, daß sie die wahren Bedürfnisse desselben nicht überall zu beurtheilen vermögen, außerdem sind sie doch eben auch nur Menschen, die zu Gunsten ihrer Schwächen und Lieblichkeitswünsche nothwendig manches Gute verkennen müssen. Gerade diese Verleugereigungen, welche nicht selten mit dem Wohl des Volkes arg im Widerspruch stehen, bemühen nicht nur ein eifriges Befthalten an der bestehenden Macht, sondern lassen sogar oft das Streben nach Machterweiterung reg werden.

Daß solchen Zuständen gegenüber nichts Schlimmeres gethan werden kann, als die Lehren des Pessimismus zu predigen, muß wohl jedem klar sein. Allerdings pflegen die Pessimisten auch keine Belehrungen zu ihrer Ansicht zu verschonen, denn die Gleichgültigkeit ist nicht bekehrungslustig; aber schon das Beispiel wirkt nachtheilig. Denn nichts ist so ansteckend als die Rathlosigkeit, weil es in jeder Partei, um uns des Ausdrucks des Kriegsministers von Koon zu bedienen, Feige und Faulke giebt. — Denken wir doch an unsere eigene Vergangenheit!

Das es dem Staate Nutzen gebracht, daß sich die demokratische Partei von 1849—1858 der Wahlen enthielt? Ganz gewiß nicht! Die Westphalen-Dantewische Regierung wäre niemals im Stande gewesen, durch eine künstlich geschaffene Kammermehrheit so viele gute Gesetze zu bewilligen, wenn sich die Demokratie an den Wahlen theilhaftig hätte, und doch hatte damals die Demokratie bessere Gründe für ihr Zurückziehen vom politischen Schauplatz, als die heutigen Pessimisten.

Wer in der Politik nicht thätig ist, der ist tödt und hat keinen Grund sich zu beklagen, wenn mit ihm und seinen Rechten nach Belieben geschaltet wird.

Was sagte der Bräutigam zu den thörichten Jungfrauen, die ihre Zeit verschlafen hatten und nun zu spät kamen, als sie von ihm Einlass zur Hochzeit begehrten? — Er ließ sie nicht ein und sagte: „Wahrlich ich sage Euch, ich kenne Euch nicht. Darum wachet; denn Ihr wist weder Tag noch Stunde in welcher des Menschen Sohn kommen wird.“